

EU-Förderung: Probleme mit Spanien

Pieper: Einige wenige Länder treiben die Fehlerquoten hoch

Von Martin Ellerich

MÜNSTER/BRÜSSEL. Schlechte Noten für Spanien, Italien und Griechenland. Diese drei Länder sind für mehr als 70 Prozent der 3,7 Milliarden € aus der Struktur- und Agrarförderung verantwortlich, die die EU-Kommission im Jahr 2012 wegen Fehlern oder Auffälligkeiten bei der Vergabe zurückforderte. Allein 58 Prozent oder 2,2 Milliarden € der 2012 durchgeführten Finanzkorrekturen gehen auf das Konto Spaniens. Griechenland und Italien sind mit sieben und 7,3 Prozent dabei. Das geht aus dem Sonderbericht „Schutz des EU-Haushaltes“ hervor, den die EU-Kommission gestern vorgelegt hat. Das EU-Parlament hatte diesen Bericht von der EU-Kommission eingefordert.

Die Fehlerquoten einiger Länder seien über Jahre hinweg konstant hoch, sagte der münsterländische EU-Abgeordnete Dr. Markus Pieper (CDU). Aber: Die allermeisten EU-Länder verwendeten die Struktur- und Agrarfördermittel ordnungsgemäß. In 22 der 27 Staaten wurden laut dem Sonderbericht 2012 weniger als 3,5 Prozent der



Dr. Markus Pieper

Fördermittel wegen Fehlern bei der Vergabe wieder eingezogen. In elf Staaten – darunter Deutschland – lag dieser Anteil sogar unter 1,0 Prozent. In Spanien gab es aber Korrekturen bei fast 17 Prozent der dort eingesetzten Fördermittel. Pieper ist als Berichterstatter des Parlaments für die Kontrolle des Haushaltsgebarens der EU-Kommission zuständig.

Doch selbst bei den „dramatischen“ Fehlerquoten der Ausreißer „handelt es sich in der Regel nicht um Betrug oder bewussten Missbrauch der EU-Gelder“, betont Pieper. Vielmehr stünden fehlerhafte Ausschreibungsverfahren oder unzu-

reichende Einhaltung der Förderkriterien im Vordergrund. Zum Teil seien die fehlerhaften Abrechnungen der dramatischen Notlage einiger südeuropäischer Regionen geschuldet. Beispiel: Spanische Bürgermeister könnten nach dem Platzen der Baublaste im Land auf die Idee kommen, bei Bauausschreibungen einzelne Gewerke so zu fassen, dass die eigentlich vorgeschriebene europaweite Ausschreibung vermieden wird und regionale Unternehmen zum Zuge kommen. Verständlich, aber nicht verzeihlich. „All dies erklärt sicher hohe Fehlerquoten – entschuldigt sie aber nicht“, sagt Pieper.

„Wer sich nicht an die EU-Vorgaben für die Förderfähigkeit von Projekten hält, darf künftig keine zweite Chance bekommen, fordert der CDU-Abgeordnete daher. Bislang können Mitgliedsstaaten nämlich in einer Förderperiode neue Förderprojekte nachbenennen, wenn andere Projekte als nicht förderfähig eingestuft werden. Und: Die EU-Kommission müsse stärker kontrollieren und überwachen – gerade bei den schwarzen Schafen, fordert Pieper.“